

II-380 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 284 N

1987-04-08

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. Graenitz
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Donaubrücke Linz

Als Landeshauptstadt ist Linz der wirtschaftliche, verwaltungsmäßige und kulturelle Mittelpunkt des Landes Oberösterreich. Das bedingt, daß täglich etwa 70.000 Menschen nach Linz einpendeln um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Dazu kommt der Einkaufsverkehr und die Schüler und Studierenden, sowie alle Personen, die Amtswege, Arztbesuche und ähnliches zu erledigen haben.

Während die Einzugsgebiete im Westen der Stadt durch öffentlichen Nahverkehr erschlossen sind, kommt es im Norden immer wieder zu Engpässen, da die Donau nur auf drei Brücken im Stadtgebiet, davon eine Eisenbahnbrücke, überquert werden kann. Eine Umleitung des Verkehrs auf diese anderen Brücken ist nicht möglich, weil sie vollkommen ausgelastet sind. Um den unerträglichen Verkehrsstaus im Stadtteil Urfahr ein Ende zu bereiten, hat der Linzer Gemeinderat am 23.10.1986 mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ (d.s. 57 von 61 Stimmen) den Beschluß für eine weitere Brücke über die Donau gefaßt. Bei der Landesbaudirektion werden derzeit die Projektpläne für Brücke und Weiterführung der Straße durch Tunnels im Auftrag des Bundes bearbeitet.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wird der Bund nach Vorliegen des Projektes die notwendigen Mittel bereitstellen?
- 2) Wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?